Österreich

„Bester Zugang“

Ein illegal abgehörtes Gespräch zwischen dem Abgeordneten Hermann Kraft, Wehrexperte der konservativen ÖVP, und seinem sozialdemokratischen Parlamentskollegen Peter Marizzi erschüttert die Große Koalition. Durch Provisionen aus Rüstungskäufen wollten sie die Parteikassen füllen. Das Magazin News druckte Auszüge:

CONTRAST

Marizzi

CONTRAST

Kraft

Marizzi: Angenommen, die Engländer kriegen das ganze Paket – Regierungsflugzeug, Kampf- und Transporthubschrauber. Das sind fünf Milliarden. Davon zwei Prozent. Das sind hundert Millionen. Wie bringen die das Geld nach Österreich? Hundert Millionen transferieren ist ja net möglich. Wie stellst du dir das vor? Das ist unheimlich schwer.

Kraft: Gar nicht so schwer. Des geht schon . . .

Marizzi: Wann wir Spenden kriegen – wir haben 600 000 Mitglieder. Wenn’s hoch hergeht, kriegen wir an Spenden ein- oder zweitausend Schilling. Dann sind das einige hunderttausend Schilling, nie mehr. Und die werden verbucht. Aber glaubst du, daß ich von einem Kompensationsgeschäft auch nur einen Schilling nimm? Wie soll ich denn das verbuchen? Erst recht net hundert Millionen.

Kraft: Es geht schon. Die gehören ja nicht euch allein.

Marizzi: Da mußt du mir von Anfang an erzählen, wie so was geht. Angenommen, du bist nimmer im Parlament, krank oder sonst was. Mich interessiert, wie man so etwas abwickeln kann . . . Habts ihr schon Zugang zu den Engländern?

Kraft: Besten Zugang. Haben wir. Das rennt schon.

Marizzi: Haben die angedeutet, daß die was tun können, sollte die Produktauswahl Richtung britisches Flugzeug erfolgen?

Kraft: Sie wollen also auf jeden Fall den Transporter.

Marizzi: Wieviel springt denn da raus aus dem Transporter? . . . Ich frage dich, wie bringst du das Geld in die Partei? Da mußt du ja zumindest mit dem Generalsekretär reden . . . Da wissen ja zuviel Leut’ davon. Wenn einer plaudert, is’ man erpreßbar. Zu so was würd’ der Vranitzky nie zustimmen.

Kraft: Davon müssen ja nicht sehr viel wissen.

Türkei

Zerbricht die Islam-Front?

Die USA bedrängen die Regierung des Nato-Partners Türkei, einen Wechsel im Präsidentenpalast der umkämpften Republik Bosnien-Herzegowina diplomatisch zu unterstützen. Die westliche Vormacht fürchtet, Alija Izetbegović könne unter den Einfluß islamischer Fundamentalisten geraten. Inzwischen gibt es erste Anzeichen, daß Washingtons Wunsch in Istanbul Gehör findet, obwohl die Türkei die bosnischen Glaubensbrüder bislang mit Waffenlieferungen im Gesamtwert von 40 Millionen Mark unterstützt hat. So häufen sich Kommentare, die Izetbegović „gravierende politische Fehler“ vorwerfen und ihn bezichtigen, den türkischen Staatsgründer Kemal Atatürk verächtlich gemacht zu haben. Die auflagenstarke Tageszeitung *Sabah* giftete den bosnischen Präsidenten gar als Kriegsprofiteur an, der Hilfsgelder auf Schweizer Privatkonten in Sicherheit gebracht habe. Der türkischen Regierungschefin kommt die Washingtoner Bitte womöglich nicht ungelegen. Tansu Çiller will die Fundamentalisten im eigenen Land zur Rechenschaft ziehen. Der Führer der türkischen Wohlfahrtspartei und enger Freund von Izetbegović, Necmettin Erbakan, hat Spendengelder in Höhe von mehreren Millionen Mark für die bedrängten bosnischen Moslems sammeln lassen. Doch nur etwa 200 000 Mark sind in Sarajevo eingetroffen.

Balkan

Belgrads Pokerspiel

Die Regierung Rest-Jugoslawiens verzögert die Rückkehr von Tausenden Kosovo-Albanern, die aus Deutschland in ihre Heimat abgeschoben werden sollen. Meist behaupten die Belgrader Behörden, die Pässe der Heimkehrer entsprächen nicht den amtlichen Richtlinien. Gleichzeitig soll Bonn finanzielle Hilfe für jeden Abgeschobenen leisten – zahlbar an Belgrad. Mit dem Geld sollen 100 000 Wohnungen im Kosovo gebaut werden. Doch ob die den Rückkehrern zugute kommen, ist zweifelhaft. Präsident Slobodan Milošević will serbische Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien im Kosovo ansiedeln, um so die Dominanz der Albaner zu schwächen.

REUTER

Çiller, Izetbegović

USA

Superbomber im Angebot

Mit allen Mitteln versucht die unter Umsatzrückgang leidende Rüstungsindustrie neue Aufträge zu ergattern. Das Luft- und Raumfahrt-Unternehmen Northrop Grumman lockt derzeit das Verteidigungsministerium mit einem Ausverkauf ganz besonderer Art. Für einen Stückpreis von 570 Millionen Dollar will das Unternehmen der Air Force 20 weitere radarunsichtbare Stealth-Bomber vom Typ B-2 verkaufen. Das ist kaum mehr als ein Viertel des Preises, den das Verteidigungsministerium für die ersten 20 Super-Jets bezahlen mußte. Experten warnen gleichwohl vor dem Haken bei diesem Sonderangebot: Die abgemagerte Grundausführung des Bombers, welche die Firma liefern will, müßte für viele hundert Millionen Dollar nachgerüstet werden, um die gleiche Einsatzfähigkeit wie die der früheren Modelle zu erlangen.

SIPA PRESS

Stealth-Bomber B-2